

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 60 (1968)
Heft: 2

Artikel: Kampf gegen die Arbeitslosigkeit in den Städten der USA
Autor: Adam, Robert
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-354321>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 01.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kampf gegen die Arbeitslosigkeit in den Städten der USA

Die Revolten in vielen großen und auch mittelgroßen Städten der USA im Frühjahr und Sommer 1967, die alle früheren Ausmaße überschritten und das Land an den Rand des Bürgerkriegs gebracht haben, haben der erschreckten Öffentlichkeit deutlicher als frühere Vorgänge zum Bewußtsein gebracht welch' gefährliche Pulverfässer die Slums (Elendsviertel) darstellen. Entstanden sind sie in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, als die mächtig anwachsende Industrialisierung gewaltige Mengen von Arbeitskräften anzog, für die schnell billige Unterkünfte geschaffen wurden. Durch den Zuzug von Negern aus dem Süden des Landes, die zuerst durch den Bedarf der Kriegsindustrie während des Ersten Weltkriegs, dann auch durch die weniger ablehnende Einstellung der weißen Bevölkerung im Osten und Mittleren Westen des Landes und die günstigeren wirtschaftlichen Aussichten angelockt wurden, sind die Slums im Laufe der Zeit zu Negerghettos geworden, aus denen die Weißen infolge der Rassentrennung, die nirgend schärfer ausgeprägt ist als im Wohnungswesen, mit geringen Ausnahmen längst weggezogen sind. Die Slums, ein wahrer Schandfleck der USA, sind über alle Vorstellungen hinaus überbevölkert, die hygienischen Verhältnisse spotten jeder Beschreibung, in den mit Unrat aller Art bedeckten Straßen lärmen Kinderscharen, selbst am hellen Tag befällt den Besucher eine Scheu, durch solche Viertel zu gehen. Da viele der Zugewanderten, vorwiegend Neger, in New York auch mehrere Hunderttausend Puerto-Ricaner, ungenügende schulische und meist keine Berufsausbildung genossen haben, der Bedarf an ungelernten Arbeitskräften aber in der technisch so weit vorgeschrittenen Wirtschaft ständig zurückgeht, liegt die *Arbeitslosigkeit* vor allem in den Slums der Großstädte weit über dem Landesdurchschnitt, in dem sie sich seit etwa zwei Jahren bald etwas über, bald etwas unter der Grenze von 4 Prozent des Bestandes der Arbeitskräfte bewegt. Aber unter den weißen Jugendlichen ist die Arbeitslosigkeit um etwa das Dreifache höher als im Gesamtdurchschnitt, bei den schwarzen Jugendlichen wiederum etwa doppelt so hoch wie bei ihren weißen Altersgenossen. Wenn somit bis zu einem Viertel der schwarzen Jugendlichen in einer Großstadt arbeitslos ist, ist es eine natürliche Folge, daß die Slums Brutstätten für Verbrechen werden, daß die jeder sozialen Bindung entwöhnten Kreise den radikalen Parolen von Führern folgen, denen das Tempo der gewaltigen Fortschritte der Neger in den letzten Jahrzehnten, insbesondere seit dem Civil Rights Act von 1964, zu langsam ist und die nunmehr schnelle Gleichstellung auch auf dem wirtschaftlichen Sektor und im gesellschaftlichen Leben der Nation verlangen.

Mit der *Beseitigung der Slums*, die nur eine, wenn auch die wichtigste Grundlage für eine Besserung der Verhältnisse darstellt, sind erst in einigen Städten in die Zukunft weisende Anfänge gemacht worden. Nach einem im November 1967 vom *Bureau of Labor Statistics* und vom *Bureau of the Census* (Statistisches Bundesamt) erstatteten Bericht wohnen noch 29 Prozent der Neger in *Substandard housing*, Wohnungen, die den normalen Erfordernissen nicht entsprechen. Würde man alle Slums abreißen, sie durch Bauten im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus ersetzen, einen Teil der Bevölkerung in den Randgebieten der Städte ansiedeln, so würden sich die Kosten auf ein bis zwei Billionen Dollars belaufen, selbst für die USA eine so gewaltige Summe (das Nationalprodukt des Jahres 1967 wird sich auf etwas über drei Viertel einer Billion belaufen), daß mit einer Gesamtlösung erst im Laufe einiger Generationen gerechnet werden kann. Die eine Milliarde Dollars, die der Kongreß im laufenden Rechnungsjahr bewilligt hat, ist demgegenüber nur ein Tropfen auf einen heißen Stein. An weitere Fortschritte ist erst zu denken, wenn der hohe Kosten verschlingende Krieg in Vietnam beendet sein wird.

Es spricht für die politische Reife der Amerikaner, daß die von manchen erwartete *Versteifung der Einstellung der Weißen* zu den Negern, die, wenn auch nicht allein, doch weit überwiegend die Träger der maßlosen Ausschreitungen waren, *nicht eingetreten* ist. Der «white backlash» (Zurückschlagen der Weißen) hat sich auf vereinzelte Fälle beschränkt. Wäre die Stimmung in der Öffentlichkeit umgeschlagen, so hätte Präsident *Johnson* nach den Unruhen nicht einen Neger zum Richter am Supreme Court (zum ersten Mal), einen Neger zum Vorstand eines Departements (Bundesministerium) – gleichfalls zum ersten Mal – ernennen können; er hätte nicht einen Neger zum obersten Kommissär der Stadt Washington bestellen können – die Bezeichnung «Bürgermeister» ist deshalb nicht angebracht, weil der keinem Gliedstaat angehörende District of Columbia, der Sitz der Bundesregierung, keine Selbstverwaltung genießt; er untersteht direkt dem Präsidenten und dem Kongreß. Auch daß die Tochter des Außenministers *Rusk* einen Neger geheiratet hat, ging ohne Entrüstung der Öffentlichkeit über die Bühne. Bei den Gemeindewahlen des Jahres 1967 wurden in mehreren Städten Neger zum Bürgermeister gewählt, sogar in Cleveland mit fast einer Million Einwohnern, von denen nur 34 Prozent Neger sind.

Als ein Volk, das seit der Entstehung der Union mit der Unabhängigkeitserklärung von 1776 an demokratisches Denken gewöhnt ist, überlassen die Amerikaner keineswegs alle öffentlichem Aufgaben der Regierung. Die Sorge, wie man künftige Revolten dieses Ausmaßes vermeiden könnte, hat viele Kreise der Wirtschaft bewogen, besonderes Augenmerk der *Eingliederung von Arbeitslosen aus den Slums* zuzuwenden. Mr. *Donald Burnham*, der Präsident der *Westinghouse Electric Company*, hat dem mit den Worten Ausdruck

gegeben: «Die geringe Produktivität der unterentwickelten Massen in den Ghettos unserer Städte kann nur durch die Wirtschaftskreise gehoben werden. Die Regierung kann Mittel herbeibringen, um ihnen zu helfen, aber nur die Wirtschaft kann die Arbeitsgelegenheiten beschaffen, die diese Menschen befähigen, wertvolle Mitbürger zu werden.» Einige Beispiele: *Ford*, die zweitgrößte Automobilfabrik, hat in den Slums von Detroit, das am meisten unter den Aufständen gelitten hat, für 6500 Arbeitsplätze ungelernete Arbeitskräfte angeheuert. Sie unterziehen sich für längere Zeit bei voller Bezahlung einer Einarbeitung, um mit dem Arbeitstempo mithalten zu können. *General Electric* hat aus Chicagos Elendsvierteln 3000 Arbeitskräfte eingestellt, die nach der täglichen Arbeitszeit Nachschulung in den drei R's (Rechnen, Schreiben, Lesen) erhalten. Andere Firmen verwenden bei voller Bezahlung drei Wochentage für die Arbeit in der Fabrik, zwei Tage für die Nachschulung. In *Los Angeles* haben sich mehr als 1000 Firmen zusammengetan, um aus dem berüchtigten Wattsbezirk 20 000 Personen einzustellen. Andere Firmen bieten kostenlose Kurse in Nachschulung und Vorbereitung auf den späteren Arbeitsplatz an. Mit Erfolg hat man auch die Methode angewandt, arbeitslose Bewohner der Slums durch Angestellte der Firma, bei der sie später einen Platz finden sollen, in ihren Wohnungen besuchen zu lassen. Auch während der Einarbeitungszeit findet eine Betreuung von Mensch zu Mensch statt. Welchen Umfang all diese Bemühungen angenommen haben, zeugt ein Wort von Mr. *Wirtz*, dem Leiter des Labor Department: «Über Nacht ist die Verantwortung für die Unterbringung der schwer zu vermittelnden Arbeitskräfte von der Regierung auf die private Industrie übergegangen.»

Ein *Überblick* über das *bisher Erreichte* zeigt ein buntes Bild. Es überrascht, daß man die besten Erfolge mit Vorbestraften erzielt hat. Eine Flugzeugfabrik in Watts, deren Neueingestellte im Durchschnitt drei Vorstrafen aufweisen, zu 90 Prozent nur ungelernete Arbeit verrichtet hatten und zu 15 Prozent Analphabeten sind, berichtet, daß disziplinäre Maßnahmen die Ausnahme sind und Diebstähle in der Fabrik seltener vorkommen als in Firmen, die grundsätzlich Vorbestrafte nicht einstellen. *General Motors*, die größte Autofabrik und das größte Unternehmen der Welt hat in einer Filiale in Pontiac noch 219 von den 230 Personen, die nach den Unruhen eingestellt worden sind, in Arbeit. Dieser Erfolg mag der sozialen Struktur der kleinen Stadt zu verdanken sein; er steht in scharfem Gegensatz zu den Erfahrungen in der Millionenstadt Detroit. Bei *Chrysler*, der drittgrößten Autofabrik, ist in den 12 000 neugeschaffenen Arbeitsplätzen nur ein Zehntel geblieben, in ganz Detroit etwa ein Viertel, 23 000 von über 100 000. Die Firma war von diesem Ergebnis so enttäuscht, daß sie eine halbe Million Dollar zur Untersuchung der Gründe bestimmt hat. *General Motors*, die in Detroit ebenfalls schlechte Ergebnisse zu verzeichnen hat, hat eine Kommis-

sion von elf Angestellten der Firma dazu bestimmt, ähnlich wie bei chronischen Alkoholikern durch Hausbesuche auf Anhänger des «Blauen Montags» einzuwirken. Man glaubt, mit dieser Methode weiter zu kommen als mit Angestellten der Wohlfahrtsbehörden.

Mit den Versuchen, das Niveau der Slum-Bewohner zu heben, geht am weitesten die bekannte *Ford Foundation*. Sie will an vier bekannte Universitäten 10,8 Millionen Dollars geben, um 14 Lehrstühle für Urbanology, soziale und wirtschaftliche Probleme der Großstädte, zu schaffen.

An der auf vielen Gebieten bewährten Großzügigkeit der Amerikaner fehlt es auch bei der für das ganze Land höchst wichtigen Aufgabe nicht, den Massen in den Slums zu helfen. Ob diese Bemühungen von dauerndem Erfolg begleitet sein werden, wird auch der Sozialpolitiker außerhalb der USA mit Interesse beobachten.

Dr. Robert Adam, zurzeit Washington

Die berufliche Umschulung in der französischen Landwirtschaft

Im Rahmen der Pläne zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung der französischen Provinzen hat sich die Notwendigkeit ergeben, in wesentlich stärkerem Maße als bisher landwirtschaftliche Arbeitskräfte in den Industriebetrieben zu beschäftigen. Die Entflechtungsbestrebungen, die dazu beitragen sollen, die ständige Bevölkerungszunahme in den Städten und vor allem in der französischen Hauptstadt und der Pariser Region zu vermindern, haben die Verlegung von industriellen Betrieben aus den bisherigen Industriezonen in die Provinzregionen zum Ziel. Dabei sollen nur das Führungspersonal und die unumgänglich notwendigen technischen Arbeitskräfte mitwandern, während das Gros der Arbeitenden am Ort selbst gefunden werden sollte. Diese gewünschte Auflockerung der industriellen Konzentration begegnet auf der anderen Seite dem Strukturwandel, der sich seit vielen Monaten in der französischen Agrarwirtschaft vollzieht und der jedes Jahr viele zehntausende von landwirtschaftlichen Arbeitskräften freistellt. Diese Arbeitskräfte folgen der Tendenz, in die städtischen Industriebetriebe abzuwandern. Im einen wie im anderen Falle stellt sich das Problem der beruflichen Schulung und der Anpassung der Arbeitskräfte an ihr völlig neues, bisher ungewohntes Arbeitsmilieu. In Frankreich ist auf diesem Gebiete lange nichts unternommen worden. Erst mit der Förderung